

Verlag: Sächsische Verlagsanstalt, Dresden, Hauptstadtstr. 11.
Einzelpreis: 10 Pf.
Abonnementpreis: 3,00 M.
Ausgabe A mit St.-Vermerk-Nr. 270
Ausgabe B ohne St.-Vermerk-Nr. 270
Registernummer 10 4

Sächsische Volkszeitung

Für christliche Politik und Kultur

Verlag: Sächsische Verlagsanstalt, Dresden, Hauptstadtstr. 11.
Einzelpreis: 10 Pf.
Abonnementpreis: 3,00 M.
Ausgabe A mit St.-Vermerk-Nr. 270
Ausgabe B ohne St.-Vermerk-Nr. 270
Registernummer 10 4

Der Kongreß der deutschen Arbeitsfront

Beränderungen im österreichischen Kabinett — Paraguay erklärt Bolivien den Krieg
Schutz der katholischen Vereinsarbeit

Ministerwechsel in Oesterreich

Neubesetzung der Ministerien der Finanzen, des Innern und des Handels

Wien, 11. Mai. Nach einer amtlichen Meldung haben gestern der Finanzminister Weidenhoffer (Chr.-soz.), der Handelsminister Dr. Jakoncig (Heimatschutz), der Innenminister Bachinger (Landbund) und der Staatssekretär Fey (Heimatschutz) ihre Demission überreicht, die vom Bundespräsidenten angenommen wurde.

Der Bundespräsident hat hierauf den Landeshauptmann von Niederösterreich, Dr. Buresch (Chr.-soz.) zum Finanzminister, den Kommerzialrat Stockinger zum Handelsminister und den Ingenieur Schumy (Landbund) sowie den bisherigen Staatssekretär Fey zu Bundesministern ernannt.

Ferner wurden der Nationalrat Neustädter-Stürmer (Heimatschutz) und der bisherige Minister Bachinger zu Staatssekretären bestellt. Minister Schumy wird den Aufgabenkreis, den bisher Minister Bachinger geführt hat, und das wirtschaftspolitische Ressort übernehmen, das bisher Vizekanzler Winkler im Auswärtigen Amt besorgte. Bundesminister Fey erhält das Sicherheitswesen, Staatssekretär Neustädter-Stürmer wird die Angelegenheiten der Arbeitsbeschaffung, des Arbeitsdienstes, des Fremdenverkehrs sowie technische Angelegenheiten des Straßendienstes übernehmen und Staatssekretär Bachinger die Angelegenheiten des Forstwesens und der Holzwirtschaft.

Heute Chefbesprechung über Arbeitsbeschaffung

Berlin, 11. Mai. (E. M.) Heute nachmittag um 4.15 Uhr findet wie wir von unterrichteter Seite erfahren, eine Chefbesprechung statt, die sich mit der Frage der Arbeitsbeschaffung beschäftigen wird.

Das österr. Konkordat paraphiert

Das Konkordat zwischen Oesterreich und dem Heiligen Stuhl ist in den letzten Tagen im Kabinett des Kardinal-Staatssekretärs von Kardinal Pacelli und dem österreichischen Gesandten beim Vatikan paraphiert worden.

Das Konkordat sichert der katholischen Kirche in Oesterreich volle Unabhängigkeit in der Verwaltung ihrer weltlichen Güter und Angelegenheiten und absolute Freiheit auf religiösem Gebiete.

Die Ernennung der Bischöfe ist frei, wird jedoch der Regierung vorher mitgeteilt werden, und zwar mit einem längeren Termin für eventuelle Einwände, als bisher.

Die vom Heiligen Stuhl errichteten theologischen Fakultäten werden als Hochschuleinrichtungen anerkannt.

Der österreichische Staat verpflichtet sich, den katholischen Volksorganisationen volle Organisations- und Betätigungsfreiheit zu gewähren.

Bundeskanzler Dr. Dollfuß wird zur Unterzeichnung des Konkordats persönlich sich nach Rom begeben.

Empfänge bei Hindenburg

Berlin, 11. Mai. Der Reichspräsident empfing den Staatssekretär im preussischen Ministerium des Innern Dr. Grauert, sowie den Ministerialdirektor und Leiter der Polizeidirektion im preussischen Ministerium des Innern Daluge zur Meldung.

Tornado in Amerika

58 Tote.

New York, 11. Mai. Die Staaten Kentucky und Tennessee sind heute von einem Tornado heimgesucht worden. Nach den bisher eingegangenen Meldungen muß mindestens 58 Todesopfern gerechnet werden. Am stärksten wurde die Grafschaft Overton im Staate Tennessee von der Sturmkatastrophe mitgenommen.

Devisenhöchstbetrag im Monat Juni

Berlin, 11. Mai. Der Reichswirtschaftsminister hat angeordnet, daß der Grundbetrag der allgemeinen Genehmigungen für die Wareneinfuhr im Monat Juni 1933 nur bis zur Höhe von 50 Prozent in Anspruch genommen werden darf.

Paraguay gegen Bolivien

Entscheidungskampf nach 5jährigem Ringen um den Gran Chaco

New York, 10. Mai. Wie Associated Press aus Asuncion meldet, hat Paraguay nunmehr formell Bolivien den Krieg erklärt.

Mit der Kriegserklärung Paraguays an Bolivien ist das Ringen dieser beiden südamerikanischen Staaten um den Gran Chaco in ein entscheidendes Stadium getreten. Bereits seit Mitte Februar dieses Jahre tauchten immer häufiger Meldungen auf, die damit rechnen ließen, daß aus dem Zustand dauernder Mänkeleien und Vorpostengefechte um die Urwaldsümpfe beider Länder sich ein offener Kriegszustand entwickeln werde. Man mußte mit einem solchen Ergebnis umso mehr rechnen, als sowohl die Vorschläge der im Dezember vorigen Jahres vom Völkerbundsrat entsandten Kommission als auch die teilweise parallel laufenden Aktionen Englands, Frankreichs und der ABC-Staaten von den Streitenden Mächten zwar zur Kenntnis genommen, in Wirklichkeit jedoch dilatorisch behandelt wurden.

Dem Konflikt um den Chaco Boreal, ein nicht ertragreiches Wald- und Niederungsgebiet, das in seinem weiten Raum nur etwa 50 000 Menschen Nahrung gibt, liegen jene riesigen, unerschlossenen und wirtschaftspolitischen Interkongressen zugrunde, die auch anderwärts Grenzstreitigkeiten ihren örtlichen Charakter nehmen und sie zu hochpolitischen Angelegenheiten steigern. Das Hochgebirgsland Bolivien ist seit dem unglücklichen Ausgang des im Bunde mit Peru gegen Chile geführten Krieges von 1879, der es des Gebiets von Tacna-Arica und damit seines einzigen Zugangs zum Meer verlustig gehen ließ, demüht, sich einen Hafen und damit ein Tor zum Weltmarkt erneut zu erringen. Da ihm der Weg nach dem Stillen Ozean versperrt blieb, suchte es seit Jahren sich im Osten einen Ersatz zu schaffen. Das Bestreben der bolivianischen Regierung geht dahin, einen Flußhafen am Pilcomayo sich anzueignen, der ihm — wenigstens indirekt — über den Paraguanfluß und den La Plata-Strom die erhoffte Verbindung mit dem Ozean geben könnte.

Keine Gefahr für die kathol. Vereine

Wichtige Feststellungen anlässlich einer Aussprache zwischen dem Bischof von Rottenburg und dem badißchen Staatspräsidenten

Wenn hier und da in der Öffentlichkeit in nicht-katholischen Kreisen die Meinung verbreitet wird, daß auch im Zuge der „Gleichschaltung“ die katholischen Vereine und Organisationen ihr Arbeitsgebiet verlieren würden, so ist das falsch und absolut unzutreffend. Im Gegenteil wird die neue Zeit mit den neuen großen Aufgaben für Volk und Reich erst recht auf die aktivste Beteiligung der Organisationen angewiesen sein, welche auf echter christlicher Grundlage arbeiten.

Von den Führern des neuen Deutschland wird das grundsätzlich ebenfalls anerkannt. Dieser Tage fand, nach einem Bericht des „Neuen Mannheimer Volksblattes“ Nr. 124 zwischen dem Bischof von Rottenburg und dem württembergischen Staatspräsidenten eine Aussprache statt, bei der folgende Feststellungen getroffen wurden:

- 1. die katholischen Organisationen (Vereine, Kongregationen) sind nicht gefährdet; sie können und sollen vielmehr erhalten bleiben.
2. die katholischen Organisationen werden auch weiterhin teilhaben an den staatlichen Einrichtungen zur Förderung der Jugendpflege wie die anderen nationalen Jugendorganisationen.
3. es sollen neben der religiös-sittlichen Arbeit in unseren Organisationen der nationale und soziale Geist und der Gemeinschaftsinn mit besonderer Sorgfalt gepflegt werden.
4. ferner ist ein Gesetz in Aussicht genommen, durch das die katholischen Organisationen als gleichberechtigte Glieder unter Führung des nationalen Staates in das kommende Jugendwerk eingebaut werden sollen.

Darum heißt es für alle Katholiken, ihren Organisationen und Vereinen die Treue zu bewahren und in ihnen und mit ihnen tatkräftig mitzuarbeiten an dem Aufbau des neuen Staates, an der Schaffung eines gerechten, sozialen Rechtsstaates. Die politischen Strömungen unserer Zeit können und dürfen die Tätigkeit der katholischen Vereine und Verbände nicht beeinflussen.

Wenn sich örtliche Widerstände gegen das katholische Schaffen irgendwie und irgendwo ergeben sollten, so sind die maßgebenden Behörden sofort darüber zu unterrichten, da sie dann alle Maßnahmen ergreifen werden, um das katholische Vereinsleben zu schützen.

A-Rat z. Dresden-Blatt 104